



Kabinett billigt Eckpunktepapier zur Interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung Ausbildungs- und Studiengänge sollen weiterentwickelt, Beschäftigte fortgebildet werden

Die Gesellschaft verändert sich und die Landesverwaltung ändert sich mit. Die zunehmende gesellschaftliche Vielfalt ist Anlass für die Niedersächsische Landesregierung, die interkulturelle Offenheit und Kompetenz in den Einrichtungen des Landes hervorzuheben. Das Kabinett hat am (heutigen) Dienstag das Eckpunktepapier des Niedersächsischen Sozial- und Gleichstellungsministeriums zur Interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung gebilligt. Das Ministerium wird gebeten, die bisher durch die Ministerien durchgeführten Maßnahmen zu evaluieren. Außerdem soll ein Konzept entwickelt werden, wie der weitere interkulturelle Öffnungsprozess gesteuert und welche Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Darin sollen auch Einzelthemen aufgegriffen werden, wie beispielsweise die gezielte Präsenz des Landes in der Öffentlichkeit als Arbeitgeber, interkulturelle Fortbildungen der Beschäftigten, Nachwuchsqualifizierung sowie Lehrinhalte von Ausbildungs- und Studiengängen.

Die interne Evaluation wird den Umfang und die Reichweite der bislang durch die Ressorts eingeleiteten Maßnahmen aufzeigen. Hierzu zählen insbesondere die zahlreichen in den vergangenen Jahren durchgeführten Beschäftigtenschulungen zur interkulturellen Kompetenzentwicklung. Die Evaluationsergebnisse sollen in ein Weiterentwicklungskonzept einfließen, das das Ministerium Ende nächsten Jahres vorlegen wird.

„Es ist mein Anliegen, gemeinsam mit den anderen Akteuren innerhalb und außerhalb der Landesregierung eine umfassende migrationsgesellschaftliche Öffnung der Landesbehörden zu erreichen“, erklärte Sozial- und Gleichstellungsministerin Carola Reimann. Es gelte auch, bislang wenig beachtete Handlungsfelder künftig stärker zu berücksichtigen und gemeinsam die nächsten Schritte zur Erreichung der gesetzten Ziele festzulegen. Dr. Carola Reimann betont, dass die Behörden des Landes Leistungen für alle Menschen in Niedersachsen erbrächten, deshalb müsse die Vielfalt der Gesellschaft sich auch im Handeln und Auftreten der Behörden widerspiegeln. Derzeit seien Beschäftigte mit Zuwanderungsgeschichte in der Landesverwaltung noch unterrepräsentiert.